



Information

Transport von Atemluftflaschen zu Tauchzwecken

Gesetzliche Grundlagen

Der Transport von Gefahrgütern in der Schweiz ist im RSD (Eisenbahn) und im SDR (Strasse) geregelt. Die beiden Verordnungen verweisen auf die internationalen Übereinkommen RID und ADR.

Alle im Kapitel 3, Tabelle 3.2 dieser Regelwerke aufgeführten Stoffe sind Gefahrgüter.

Darunter fallen:

- UN 1002 LUFT, VERDICHTET (DRUCKLUFT)
Dazu gehört die Sondervorschrift 292: „Unter dieser Eintragung dürfen nur Gemische mit höchstens 23.5% Sauerstoff befördert werden. Für Konzentrationen innerhalb dieses Grenzwertes ist ein Gefahrzettel nach Muster 5.1 nicht erforderlich.“
- UN 3156 VERDICHTETES GAS, OXIDIEREND, N.A.G.
Anwendung: z.B. Tauchflaschen mit Gasgemische mit einem höheren Sauerstoff-Anteil als 23.5 %, wie Nitrox (die Sauerstoffverträglichkeit zwischen den eingesetzten Werkstoffe für Ventile, Flasche, Schläuche etc. ist unbedingt zu beachten).

Für den Transport dieses Stoffes müssen deshalb Gefässe gemäss den Vorgaben von RID/ADR verwendet werden. Der Absender der Gefässe ist für die Einhaltung dieser Bestimmungen verantwortlich. Die Abfüllstelle muss beachten, dass sie für den Transport nur solche Gefässe befüllt, die diesen Anforderungen entsprechen.

Freistellung von Atemluftflaschen unter bestimmten Transportbedingungen

Unter bestimmten Bedingungen unterliegt der Transport von Tauchflaschen nicht den Bestimmungen des ADR/RID. Gemäss Unterabschnitt 1.1.3.1a) sind Tauchflaschen dann von den Vorschriften des RID/ADR freigestellt, wenn sie von Privatpersonen transportiert werden, einzelhandelsgerecht abgepackt sind und für den persönlichen oder häuslichen Gebrauch oder für Freizeit und Sport bestimmt sind. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, die unter normalen Beförderungsbedingungen ein Freiwerden des Inhalts verhindern.

Für alle anderen Beförderungen, die nicht unter diese Freistellung fallen, müssen alle Bestimmungen des RID/ADR eingehalten werden. Die Transportbezettelung nach RID/ADR Kapitel 5.2 ist einzuhalten. (siehe EGI-Infoblatt IF 48904)

Konsequenzen aus der Freistellung

Wenn die oben erwähnte Freistellung zutrifft, muss die Tauchflasche nach den Vorschriften der Druckgeräteverordnung (DGV 819.121 / PED 97/23/EG) hergestellt und in Verkehr gebracht werden. Dies bedeutet:

- Zu jedem Druckgefäss muss dem Anwender eine Konformitätserklärung und eine Bedienungs- und Serviceanleitung mitgeliefert werden
- Jedes Druckgefäss muss mit dem CE-Zeichen und der Nummer der Konformitätsbewertungsstelle dauerhaft gekennzeichnet sein (z.B. CE 0036 für TÜV Süddeutschland).
- Eine Interaktion durch das EGI ist nicht notwendig.
- Die Transportbezettelung nach RID/ADR Kapitel 5.2 entfällt.

Wiederkehrende Inspektionen

Flaschen, die nicht unter die Freistellung vom ADR/RID fallen, müssen gemäss SDR regelmässig durch das EGI wiederkehrend geprüft werden:

- alle 5 Jahre wird eine innere und äussere Sichtprüfung, die Wasserdruckprüfung u.a., (nach 6.2.1.6 der ADR/RID) durchgeführt, und dazwischen
- alle 2.5 Jahre wird eine Innere und Äussere Sichtprüfung (Zwischenprüfung) durchgeführt

Dieser Zyklus wiederholt sich bis zum Nutzungsende der Tauchflasche.

Für Flaschen, die gemäss der erwähnten Ausnahmeregelung freigestellt sind, gibt es keine bundesrechtlichen Spezialregelungen betreffend Befüllung oder wiederkehrende Inspektionen. Es gelten hier die Regeln der Technik wie Normen, EKAS-Richtlinien, sowie die Angaben des Herstellers der Atemluftflasche. Es wird empfohlen, die gleichen wiederkehrenden Inspektionen in den gleichen Intervallen durchzuführen, wie wenn die Flaschen von den Bestimmungen des ADR/RID nicht freigestellt wären. Jedenfalls sollte die Tauchflasche mit dem Datum einer durchgeführten Prüfung dauerhaft gekennzeichnet werden.

Verantwortung

Der Nutzer (Beförderer) dieser Tauchflaschen ist dafür verantwortlich, dass die Vorgaben eingehalten werden und der Zustand der Druckgefässe kein Sicherheitsrisiko darstellt. Ebenso muss er den Nachweis erbringen können, dass für den Transport die Ausnahmeregelung Anwendung findet. Die Kontrolle, ob die Wahl der Transportbedingungen korrekt ist, liegt bei den Vollzugsbehörden der Kantone.